

GASTKOMMENTAR

Wirtschafts-Plattformen schaffen neue Demokratie

VON WOLFGANG LUSAK



Aus den Trümmern einer beschädigten Demokratie erwachsen neue Blüten. Wenn sich die bestehenden Regierungsparteien halten wollen, müssen sie mit neu entstehenden Plattformen und Lobbys richtig umgehen. Vor allem mit denen aus der Wirtschaft.

Derzeit „schwächeln“ nicht nur die Vorfeldorganisationen der Regierungsparteien. Auch die Kämpfe mit Länderfürsten, mit NPOs, in Untersuchungsausschüssen, die sinkende Wahlbeteiligung, Social Media und die Piraten knabbern hinten und vorne an ihrem Image.

Eine Gruppe wichtiger

Player in diesem Spiel ist etwas unauffälliger, aber besonders hervorzuheben: Die zunehmend aktiver werdenden Unternehmer aus EPU, KMU und der nicht allzu Shareholder-Value-abhängigen Industrie, die wesentlich langfristiger als die Tagespolitiker denken. Sie befürchten noch mehr für die Fehler anderer büßen zu müssen. Sie möchten alles gegen eine Gesellschaftsentwicklung tun, die ihnen gut ausgebildete, arbeitswillige Mitarbeiter,

effiziente Staatsleistungen, vernünftigen Kapitalzugang, eine intakte Umwelt und damit ihre Existenzgrundlage raubt. In ihren Initiativen geht es um Innovation, Bildung, Reformen, Erneuerbare Energie, faire öffentliche Ausschreibungen, etc. Und sie haben dabei die große Mehrheit der Arbeitnehmer hinter sich.

Verante mittelständische Unternehmer und Manager

– gleich, ob Parteienahnestehend oder nicht – scheinen immer besser in der Lage zu sein, die echten Probleme einer globalen Gesellschaft aufzugreifen und Lösungen zuzuführen. Mit ihren Aktivitäten zeigen sie die zwei entscheidenden Gründe für den Niedergang der bestehenden Machtzentren auf: Der Verlust der zukunftsorientierten Themenführerschaft und

die wachsende Unfähigkeit zu mobilisieren.

Aufrufe Umgekehrt versuchen die Regierungsparteien, freie Initiativen mit Aufrufen wie „Gestalte deine Gruppe – Wir sind mehr“ des Wiener Bürgermeisters oder „Nenne deine Projekte zum Miteinander der Generationen“ des Landes Niederösterreich unter ihre Fittiche zu bekommen. Fein, wenn sie sich selbst dadurch bewegen. Schlecht, wenn

das nur die Alibiaktionen von Pfründe absichernden Machtblöcken bleiben.

Der begonnene und notwendige Umbruch unserer Demokratie und Politik wird gelingen, wenn die bestehenden Machtzentren auf gleicher Augenhöhe mit den neuen Wählergruppen und den verantwortungsvollen Plattformen der Wirtschaft kommunizieren und mehr direkte Demokratie zuzulassen. Das erfordert halt ein großes Stück mehr an Weitblick, Persönlichkeit und Empathie als bisher.

Mag. Wolfgang Lusak ist Lobby-Coach und Managementberater.

leser@kurier.at